

AGIPS – Rezensionen

Arbeitsgemeinschaft für Internationale
Politik und Sicherheit

Nr. 07 / Juni 2004

Freiheit auf amerikanisch

Imperialismus hat in den USA eine lange Tradition – darüber stirbt die Demokratie

von *Carsten Michels*

Gleich zu Beginn seiner Rede zur Lage der Nation am 20 Januar 2004, kommt US-Präsident George W. Bush zum Kernthema seiner Amtszeit: „As we gather tonight, hundreds of thousands of American servicemen and women are deployed across the world in the war on terror“.¹ Weltweit werde ein Krieg gegen den internationalen Terrorismus geführt, um die Sicherheit des amerikanischen Volkes zu schützen und die Welt, ganz in Tradition Theodor Roosevelts, zu einem besseren Ort zu machen. Die dafür ergriffenen Schutzmaßnahmen, wie der Beschluss des Patriot Acts² und die Invasion des Irak, seien legitim, gerechtfertigt und ohne Zweifel notwendig. Chalmers Johnson hält diese Argumentation für heuchlerisch, kontraproduktiv und verlogen. Seiner Meinung nach sind es völlig andere Motive, die die US-Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen und bestimmen – mit langfristig fatalen Folgen

für die internationale Staatengemeinschaft und die USA selbst.

Schon mit dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898 und der Okkupation von Hawaii, den Philippinen und Puerto Rico sei der Grundstein für eine Traditionslinie in der amerikanischen Außenpolitik gelegt worden: Das Bestreben, so viele Länder wie möglich direkt oder indirekt zu beeinflussen, ihre Politik zu bestimmen und, wenn möglich und nötig, zu besetzen, kurz: Die Etablierung einer weltweiten US-amerikanischen Hegemonie. Den entscheidenden Katalysator dieser Entwicklung sieht der kalifornische Politikwissenschaftler in der Stationierung US-amerikanischer Truppen in Europa und Asien nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Laufe des Kalten Krieges hätten es die US-Regierungen dann verstanden, unter dem Vorwand der Eindämmung der kommunistischen Gefahr, dem so genannten „evil empire“³, ein Netz aus Militärstützpunkten aufzubauen, das ihnen unvergleichbare geopolitische und militärische Einflussnahme ermögliche.

Einmal installiert, wurden die Vorposten aktiv. In Kooperation mit den US-Geheindiensten, werden mit nahezu allen legalen und illegalen politischen,

¹ Die vollständige Rede unter: www.whitehouse.gov/news/releases/2004/01/print/20040120-7.html, 23.01.2004

² Als Reaktion auf die Anschläge von 11. September 2001 beschlossen Kongress und Senat eine Reihe staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Bestimmungen sehen auch Einschränkungen der amerikanischen Bürgerrechte vor, weshalb sie oft unter Kritik standen. Eine gekürzte Version des Gesetzes findet man unter: <http://fpc.state.gov/documents/organization/10091.pdf>

³ In seiner Rede vor dem House of Commons hatte der damalige US-Präsident Ronald Reagan die Sowjetunion als „evil empire“ bezeichnet. Vgl. www.fas.org/ssp/starwars/offdocs/reagan.htm

ökonomischen und militärischen Methoden die Interessen Washingtons durchgeprägt. Am Beispiel Zentralasien und der Golfregion erläutert der Autor seine Theorie etwas ausführlicher. Unter dem Vorwand der weltweiten Terrorismusbekämpfung haben sich in dem ehemals unter sowjetischem Einfluss stehendem Gebiet bereits zahlreiche US-Militärstützpunkte etablieren können, die langfristig die Erschließung der Rohstoffvorkommen durch amerikanische Firmen sichern und die geostrategische Position der USA in dieser Region manifestieren sollen. „In Afghanistan wären die USA auch ohne den 11. September einmarschiert“, so seine These.

Innenpolitisch sei das selbsternannte Mutterland der Demokratie mittlerweile weit vom Ideal der partizipatorischen Mitbestimmung entfernt. Außen- und Sicherheitspolitik werde von einem kleinen, elitären Zirkel aus Politikern des Weißen Hauses, Beamten des Pentagon, Wirtschaftslobbyisten und der Rüstungsindustrie betrieben. Der in Kants erstem Definitivartikel vertretene Gedanke, der Reduzierung der Kriegswahrscheinlichkeit durch eine möglichst breite Mitbestimmung und Betroffenheit des Souveräns, der Bevölkerung, sei in den USA de facto außer Kraft gesetzt.⁴ Die Kriegsführung liege in den Händen von nationalen

⁴ Der deutsche Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempel kritisiert in seinem Artikel „Kants Theorem – Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich“ den planmäßigen Rückbau der amerikanischen Demokratie. So bestimme in den USA eine kleine Gruppe von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungsträger, selbst nicht materiell von einem möglichen Krieg betroffen, über die Einsätze der Armee. Diese rekrutiere ihr kämpfendes Personal vornehmlich aus den unteren, schlecht gebildeten, sozialen Schichten, die, politisch wenig interessiert, oftmals ihrer Möglichkeit zu wählen nicht nachkomme und somit ohne partizipatorische Macht ausgestattet Spielball der Eliten werde – eine Negierung des Demokratieprinzips. (Czempels Artikel nachzulesen in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 3. Jahrgang (1996) Heft1, S.79-101.)

Sicherheitsmanagern, die unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne Überwachung durch den Kongress agieren könnten – die Hemmschwelle für Kriege sinke. „Langfristig werden die USA nichts mehr mit dem Land gemeinsam haben, welches in der amerikanischen Verfassung entworfen wurde“, behauptet Johnson. Aber müssen wir uns wirklich von einem demokratischen Amerika verabschieden, oder ist die neokonservative Falkenschar um den außenpolitischen Neuling Bush eine temporär begrenzte Ausnahmeerscheinung?

Der Autor liefert eine Reihe schlüssiger Argumente, die seine Thesen unterfüttern und plausibel erscheinen lassen. Somit ist das Buch jedem zu empfehlen, der ein bisschen hinter die Kulissen des Oval Office schauen und sich in seiner USA-kritischen Position bestärkt fühlen möchte. Ob Johnson wirklich überzeugt bleibt fraglich. Liest man die teilweise etwas unkoordiniert und pamphletartig gesetzten Zeilen, so kommen dem Leser Zweifel an der Aussagekraft der Quellen. Wenn der Autor beispielsweise in der Anti-Kriegshaltung der Bundesregierung den Beginn einer Amerika-kritischen Bewegung in Europa sieht, so verkennt dies das Gerangel innerhalb der EU, die innenpolitische Situation Deutschlands, und die auf kurzlebige Effekte, sprich den Gewinn der Bundestagswahl, angelegte Rhetorik Schröders. Es darf angenommen werden, dass dies nicht die einzig unsauber interpretierte Quelle ist.

Aus einem stichhaltigen Grund ist das Buch allerdings der interessierten Leserschaft zu empfehlen: Es lehrt, nicht alles zu glauben, was aus den Federn der Redenschreiber entspringt und auch bei der zweiten, noch so logisch erscheinenden Erklärung, kritisch zu bleiben. Wie schön, wenn diese Einstellung an Macht gewinnen würde. Dann hätte auch Kant wieder einer Chance.

Das Buch:

Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, Karl Blessing Verlag
2003, 320 Seiten, 23,- Euro, ISBN 3-89667-226-6.

Impressum:

Die kostenlose Online-Publikation *AGIPS*-Rezensionen wird herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Internationale Politik und Sicherheit (AGIPS) und erscheint in unregelmäßigen Abständen mehrmals jährlich.

Redaktion: René Denzer

Internet: www.agips.org

eMail: AR@agips.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.